



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Im Gemeinderat Reichenbach

Reichenbach, 22. März 2022

Herrn Bürgermeister Richter,
Rathaus, Hauptstraße 7
73262 Reichenbach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bereits in unseren Haushaltsreden haben wir den zügigen Ausbau von Photovoltaik in Reichenbach als Ziel formuliert. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine zeigt uns nun allen deutlich, wie groß unsere Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle vorwiegend aus Russland ist. Damit hat die Abkehr von fossilen Ressourcen, die der Klimawandel sowieso nötig macht, eine neue Dimension bekommen.

Wir müssen deutlich schneller unabhängig werden von Öl- und Gasimporten aus autokratischen Staaten. Erneuerbare Energien müssen ausgebaut und Energieeffizienz gefördert werden.

Wir wollen uns der Verantwortung in Reichenbach stellen und fordern den kraftvollen Ausbau der Photovoltaik.

Mit besten Grüßen

Alexander Hottenroth
Thorsten Höger
Angelika Dengler
Axel Kern
Andreas Nitsch

Matthias Weigert
Marieke Beier

Reichenbacher Ausbaustrategie der Photovoltaik als ein Baustein zu einer unabhängigen und nachhaltigen Energieversorgung

Eine unabhängige Energieversorgung und damit die eigene Energiesouveränität Deutschlands ist eine entscheidende Antwort auf Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Der Krieg offenbart auf drastische Art und Weise unsere große fossile Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland und damit die Verletzlichkeit unserer Wirtschaft, unseres Wohlstands, unserer Versorgungssicherheit – letztlich ist unsere Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, unser sozialer Friede im Land dadurch in Gefahr.

Photovoltaik ist wirtschaftlich, klimafreundlich, muss nicht zwingend selbst betrieben und finanziert werden und senkt im Eigenverbrauch die individuellen Strom- und Unternehmenskosten.

Das Land Baden-Württemberg hat im novellierten Klimaschutzgesetz zwar den Ausbau der Photovoltaik bei Neubauten geregelt, im Bestand gibt es jedoch noch einen großen Nachholbedarf. Zur Hebung dieser bisher ungenutzten Potentiale in Reichenbach ist eine Zusammenarbeit vieler Verwaltungsbereiche – auch mit dezentralen Verantwortlichkeiten – erforderlich. Zusätzlich hat Bündnis 90/Die Grünen einen Haushaltsantrag für die Schaffung einer Klimaschutzstelle eingebracht. Diese Ziele sowie die Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 Grad entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens stellen uns als Gesellschaft neben der Corona-Pandemie vor enorme Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können.

Freie Wähler und Bündnis 90/Die Grünen im Reichenbacher Gemeinderat sehen aus den oben genannten Gründen die dringende Notwendigkeit, Prozesse zu beschleunigen beziehungsweise schnell in Gang zu setzen, damit wir als Kommune einen Beitrag zur Energiesouveränität und -sicherheit leisten und gleichzeitig die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen schützen können. Damit wir diese Kraftanstrengung gemeinsam stemmen können, stellen wir die folgenden Anträge:

1. Projektleitung Gemeindeverwaltung/Zusammenarbeit Klimaschutzagentur

1.1. Die Gemeindeverwaltung erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur einen Fahrplan zur Ausbaustrategie der Photovoltaik mit Zuständigkeiten für alle Projektbeteiligten in den verschiedenen Verwaltungsbereichen der Gemeinde. Ziel ist eine gute und reibungslose Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ämter und Verwaltungsteile.

1.2. Die im Projekt für die unterschiedlichen Verwaltungsbereiche Zuständigen bekommen über die Klimaschutzagentur eine Schulung zur Photovoltaik, damit sie das nötige Know-how erhalten, um die koordinierenden Aufgaben mit anderen Akteuren wahrnehmen zu können.

2. Finanzierung des Ausbaus der Photovoltaik

2.1. Die Verwaltung erarbeitet zusammen mit der Klimaschutzagentur und der EnBW, den Finanzinstituten und gegebenenfalls Bürgerenergiegenossenschaften die Möglichkeiten zur Finanzierung des Ausbaus der Photovoltaik.

2.2. Die Verwaltung bringt das Wissen um die unterschiedlichsten Bundes- und Landesfördermöglichkeiten ein.

2.3. Ferner sollen mit der EnBW auch die Möglichkeiten zum Betrieb von Photovoltaikanlagen abgestimmt werden.

3. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Ausbau der Fotovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie durch Reduzierung derer Energiekosten

3.1. Die kommunale Wirtschaftsförderung erweitert ihre Schwerpunkte um das Fachgebiet Ausbau von Photovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie und macht sich dazu fit.

3.2. Sie stimmt sich mit der Klimaschutzagentur des Landkreises Esslingen beim Ausbau der Photovoltaik ab.

- 3.3. Sie richtet einen runden Tisch ein zum Ausbau der Photovoltaik in Handel, Gewerbe und Industrie: Ausbau von Photovoltaik auf Bestandsgebäuden.
- 3.4. Sie entwickelt einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für Handel, Gewerbe und Industrie.
- 3.5. Sie stimmt sich mit der Innung für Elektrotechnik Esslingen-Nürtingen ab, wie der Photovoltaik-Ausbau von den Elektrobetrieben optimiert werden kann.
- 3.6. Sie bedient sich u.a. des Know-how des Photovoltaik-Netzwerks BW (ein Projektzusammenschluss aller regionalen Energieagenturen des Landes) und des Solar-Clusters BW (ein landesweit tätiger Verband der Photovoltaik-Branche).

4. Runder Tisch „Wohnungswirtschaft“

- 4.1. Die für diesen Verwaltungsbereich Zuständigen richten einen Runden Tisch „Wohnungswirtschaft“ zum Ausbau der Photovoltaik auf Bestandsgebäuden ein.
- 4.2. Die Zuständigen stimmen sich mit der Klimaschutzagentur beim Ausbau der Photovoltaik ab.
- 4.3. Zusammen mit der Klimaschutzagentur entwickeln die Zuständigen einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für die Wohnungswirtschaft.
- 4.4. Zusammen mit der Gemeindeverwaltung kooperieren die Zuständigen mit weiteren Akteuren wie Bürgerenergiegenossenschaften zur Umsetzung von Mieterstrommodellen.

5. Einbindung der sozialen, Sport- und Bildungsinfrastruktur

- 5.1. Die für diesen Verwaltungsbereich Zuständigen richten einen oder mehrere runde Tische ein für die Akteure in Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie beim Sport zum Ausbau der Photovoltaik auf Bestandsgebäuden.
- 5.2. Die Zuständigen stimmen sich mit der Klimaschutzagentur beim Ausbau der Photovoltaik in ihren Zuständigkeitsbereichen ab.
- 5.3. Zusammen mit der Klimaschutzagentur entwickeln die Zuständigen einen „Beratungsgutschein Photovoltaik“ für Sportvereine, Schulen und Kindertageseinrichtungen freier Träger.
- 5.4. Zusammen mit der Klimaschutzagentur entwickeln die Zuständigen die bestehenden Förderkriterien für den laufenden Betrieb von Einrichtungen freier Träger in dem Sinne weiter, dass sie den Ausbau der Photovoltaik auf diesen Liegenschaften voranbringen oder bedingen.

6. Einbindung Bürgerschaft

- 6.1. Die Verwaltung klärt mit der Klimaschutzagentur des Landkreises Esslingen ab, wie die Beratung der Bürgerschaft beim Photovoltaik-Ausbau intensiviert werden kann.
- 6.2. Die Klimaschutzagentur berät private Bauherrschaften und erweitert das Beratungspotenzial unter dem Motto „Bürger beraten Bürger“, so können Bürgerinnen und Bürgern zu ehrenamtlichen PV-Berater/innen ausgebildet werden.
- 6.3. Die Gemeinde fördert Aktivitäten zur Etablierung einer Bürgerenergiegenossenschaft (BEG) zur Aktivierung privaten Kapitals mit dem Ziel des Ausbaus der Photovoltaik und klärt ab, ob die dadurch möglicherweise entstehenden Finanzierungsmöglichkeiten in die eigenen Aktivitäten mit einbezogen werden können.

7. Ämter übergreifendes

- 7.1. Die Verwaltung wirkt bei allen ihren gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen und Eigenbetrieben auf den Ausbau der Photovoltaik hin.

7.2. Die Verwaltung setzt stärker als bisher auf eigenen Liegenschaften im Bestand die Überdachung mit Photovoltaik um.

7.3. Die Verwaltung optimiert bei Bebauungsplanverfahren die Gebäudeausrichtung zur Photovoltaiknutzung. Bei der Optimierung sollen zukünftig die Dachformen ebenfalls einbezogen werden.

7.4. Da sich Dachbegrünung und die Nutzung von Photovoltaik nicht gegenseitig ausschließen werden Satzungen mit Blick auf die Photovoltaik optimiert.

8. Einbindung des Gemeinderats

8.1. Die jeweils zuständigen Gemeinderatsgremien werden regelmäßig über den Fortgang der Entwicklung zu den Antragspunkten informiert.

8.2. Der Ausschuss für Technik und Umwelt wird mindestens vierteljährlich zu allen Entwicklungen zu den Antragspunkten informiert.

BEGRÜNDUNG

Die Öl- und Gaspreise haben sich seit Beginn des Ukrainekriegs nahezu verdoppelt und sind damit auf ein zuvor undenkbares Allzeithoch geklettert. Dies hat massive Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher. Ähnlich entwickeln sich die Kosten für Benzin und Diesel womit die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger deutlich teurer wurde. Die Energiepreise haben massive Auswirkungen auf die Stromversorgung und auf jegliche Gebäudebeheizung, auf sämtliche Wirtschaftsprozesse und das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Die Energiekosten dürften in einer Kettenreaktion noch weitere Preise treiben – nicht nur Düngemitteln, Baustoffe oder Papier werden teurer, sondern auch Lebensmittel, Kleidung und Gebrauchsgegenstände. Steigende Energiepreise erhöhen den Inflationsdruck, Störungen der Lieferketten belasten die Unternehmen. Die Inflation wird durch die hohen Energiekosten angeheizt, womit unser gesamtes Gemeinwesen belastet wird.

Wir müssen so schnell wie möglich weg von fossiler Energie, und zwar durch den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Mit dem massiven Ausbau der Photovoltaik in Reichenbach übernimmt die Gemeinde gesamtgesellschaftliche Verantwortung und leistet einen Beitrag für ganz Deutschland und Europa. Der massive Ausbau der Photovoltaik ist natürlich für die Sicherung unserer Energieversorgung alleine nicht ausreichend – aber ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Daneben müssen beispielsweise Flächen für Windenergie ausgewiesen, Genehmigungsverfahren erleichtert und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen verbessert werden. Es müssen mehr Wärmepumpen zum Einsatz kommen, gerade im Zusammenhang mit der energetischen Gebäudesanierung. Die Industrie muss energieeffizienter werden, auch hier bieten sich die industrielle Wärmepumpe und der Einsatz von Erneuerbaren Energien an. Wir brauchen mehr Elektromobilität und den konsequenten Umstieg von der Erdgas- in die Wasserstoffwirtschaft. Der öffentliche Nahverkehr muss deutlich ausgebaut werden und wir müssen die Energieeffizienz in allen Bereichen deutlich erhöhen und Energieeinsparpotentiale realisieren.

Dieser Antrag soll einen Beitrag zu mehr Energiesicherheit leisten, denn elektrischer Strom aus erneuerbaren Quellen ist der Schlüssel zum postfossilen Zeitalter und zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft.